



Archivbestände des Otto-Stammer-Zentrums übernommen

Bericht ➔ Das apabiz erhält eine wertvolle neue Sammlung

Im Februar hat das apabiz eine der wohl umfangreichsten Sammlungen über den zeitgenössischen Rechtsextremismus in Deutschland übernommen. In rund 250 Kisten lagern bei uns nun über 150 neue laufende Regalmeter zum Thema. Das Material ist für die antifaschistische Bewegung, für Wissenschaft und Forschung von unschätzbarem Wert.

Es gehört zu den seltenen Glücksfällen, wenn ein Archiv wie das apabiz derart viele Materialien übernehmen kann, die fast ausnahmslos eine Ergänzung zum vorhandenen Bestand darstellen: rechtsextreme Periodika und andere Primärquellen aus der alten Bundesrepublik zwischen 1950 und 1990, Presseauswertungen zum Teil bis ins Jahr 1950 zurückgehend, thematische Auswertungen in mehr als 200 Ordnern, Interviews mit führenden Personen der NS-Szene aus den 1970er und 1980er Jahren und anderes mehr.

Ein erster Einblick

Diese Materialien haben wir im Februar aus dem Otto-Stammer-Zentrum am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin übernommen. Sie sind Altbestände des Sammlungsgebietes Rechtsextremismus, die noch aus dem ehemaligen Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (ZI6) stammen. Unter

anderem auf Grundlage dieser Materialien wurde 1986 vom renommierten Berliner Parteienforscher und Politikwissenschaftler Prof. Dr. Richard Stöss, der auch Geschäftsführer des Otto-Stammer-Zentrums ist, das »Parteienhandbuch« herausgegeben, welches als eines der Standardwerke der politischen Literatur im Nachkriegsdeutschland gilt.

Im Grunde sind die nachgelassenen Materialien für die Jahre 1950 bis 1990 die Entsprechung dessen, was das apabiz in der Zeit danach gesammelt hat und bis heute sammelt: Primär- und Sekundärquellen sowie inhaltliche Analysen zum Thema. Über viele Jahrzehnte hinweg ist neben Beständen von und über rechtsextreme Parteien auch vielfältiges Schriftgut aus dem diffusen rechtsextremen Spektrum zusammen gekommen: rechtsextreme Vereine, Kulturorganisationen, Zeitschriften und Verlage, NS-Gruppen. Sie vervollständigen das Bild einer vernetzten rechtsextremen Subkultur.

Wir werden durch diese Materialien in die Lage versetzt, Bereiche des bundesdeutschen Rechtsextremismus zu dokumentieren, die bisher einer nicht-universitären Öffentlichkeit verschlossen waren. Zwar wird vieles bei einer nur gelegentlichen Suche zum Thema nicht besonders relevant sein. Jedoch bietet der neue Bestand außergewöhnliche Materialien, um die Organisationsgeschichte des bundesdeutschen Rechtsextremismus anhand von Originalquellen nachzuzeichnen. So finden sich dort Publikationen von Organisationen wie der SOZIALISTISCHEN REICHS-PARTEI (SRP), der DEUTSCH-SOZIALEN BEWEGUNG (DSB), der STRASSER-BEWEGUNG, der DEUTSCHEN PARTEI (DP), der WIKING-JUGEND und der NPD in ihrer Frühzeit. Aber auch weitgehend unbekannte Strömungen, über die sich in dem Archiv Material finden lässt haben ihre Spuren im heutigen Rechtsextremismus hinterlassen. Schon der flüchtige Blick durch enthaltene Publi-



antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00
blz: 100 205 00
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im monitor, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.



Aufmärsche in Dresden

Dresden • Am 16. Februar marschierten fast 5.000 Neonazis zum Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 als »Trauerzug« durch die sächsische Stadt. Die TeilnehmerInnen vertraten das breite Spektrum von Neonazi-Kameradschaften bis hin zu rechten Parteien und reisten aus dem gesamten Bundesgebiet an. Internationale TeilnehmerInnen kamen u. a. aus Großbritannien, Dänemark, Tschechien, Spanien und den Niederlanden. Als Redner traten für den Veranstalter der sächsische Landesvorsitzende der JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND (JLO), KAI PFÜRSTINGER, sowie der ehemalige Bundesvorsitzende der REPUBLIKANER, BJÖRN CLEMENS, auf. Für Musik sorgte JÖRG HÄHNEL.

In Abgrenzung zu dem parteipolitischen Großevent führte das neonazistische Aktionsbündnis GEGEN DAS VERGESSEN eine eigene Veranstaltung in Form eines »Schweigemarsches« am Abend des 13. Februar durch. Dort nahmen 800 Personen teil. Die zahlreichen TeilnehmerInnen der verschiedenen antifaschistischen Gegenaktivitäten konnten die Nazi-aufmärsche nicht verhindern, sondern nur zeitweise behindern. ◀

Oeltze hetzt aus dem Knast weiter

Berlin • Keine Reue beim Tramschläger: In der aktuellen Ausgabe des neonazistischen Fanzines JVA-REPORT kommt der Berliner Neonazi OLIVER OELTZE ausführlich zu Wort. »Sobald ich wieder draußen bin, wird der Kampf unvermindert stark weitergeführt«, kündigt OELTZE an und ist sich sicher: »Ich bin überzeugt, dass unser Lohn der Sieg sein wird«. Er lobt außerdem die Arbeit der HNG und »die 28er« (gemeint ist das in Deutschland verbotene BLOOD & HONOUR-NETZWERK). Auch für »ein großes Fuck Off an die Antifa und ZOG« nimmt OELTZE sich Zeit. Der ehemalige Aktivist der KAMERADSCHAFT TOR sitzt derzeit in Berlin-Tegel eine mehrjährige Haftstrafe wegen seiner Beteiligung am brutalen Potsdamer »Tramüberfall« im Sommer 2005 ab. Der JVA REPORT ist ein rechtes Fanzine, das sich auf die Betreuung von Gefängnisinsassen aus der Szene spezialisiert hat. Bis zur letzten Nummer wurde es von einem FREUNDKREIS BRANDENBURG ▼

Wir brauchen Eure Hilfe!

Das *apabiz* versteht sich seit seiner Gründung Anfang der 1990er Jahre als Archiv und Gedächtnis der antifaschistischen Bewegung in Deutschland. Unsere Informationen und Materialien wurden in den vergangenen 17 Jahren von ungezählten Menschen und Initiativen genutzt; viele Kampagnen, Veröffentlichungen, Bildungsprojekte und anderes wären ohne die Archivbestände so nicht möglich gewesen.

Das *apabiz* trägt sich zum größten Teil durch Spenden und einen festen Kreis von Fördermitgliedern. Diese Einnahmen decken derzeit kaum die Mietkosten. Mit der Übernahme der Bestände aus dem Otto-Stammer-Zentrums stößt das *apabiz* in eine »neue Dimension« vor. Für uns bedeutet dies allerdings auch, dass sich unsere Finanzierungslücke erheblich vergrößert. Dennoch ist es uns wichtig, die Nutzung unseres Archivs auch weiterhin unentgeltlich anbieten zu können. Dazu brauchen wir eure Unterstützung. Ihr könnt:

- ▶ Fördermitglied werden
- ▶ Euren monatlichen Beitrag erhöhen
- ▶ neue Fördermitglieder werben
- ▶ ein Infopaket abonnieren
- ▶ uns durch einmalige Spenden helfen.

Spenden und Fördermitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Durch die Änderung des Spendenrechts können nun 20 Prozent der Gesamteinkünfte als Sonderausgabe abgezogen werden! Formulare und weitere Hinweise findet ihr unter www.apabiz.de/verein/. ◀

kationen verdeutlicht Kontinuitäten, die in der Debatte um den modernen Rechtsextremismus bedauerlicherweise kaum mehr eine Rolle spielen. So sind politische Bewegungen wie der NATIONALNEUTRALISMUS oder die der NATIONALREVOLUTIONÄRE keineswegs einflusslos gewesen, obschon sie selten massenwirksam waren.

Noch heute aktuell

Der NATIONALNEUTRALISMUS war eine westdeutsche Strömung des Rechtsextremismus. In seiner Dissertation von 1977, »Vom Nationalismus zum Umweltschutz«, beschreibt Richard Stöss kenntnisreich diese Strömung am Beispiel der DEUTSCHEN GEMEINSCHAFT (DG) und ihrer Nachfolgerin, der AKTIONSGEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER DEUTSCHER (AUD).¹ Diese war der »Versuch einer volkskonservativ-populistischen, basisdemokratischen, antikapitalistischen, antiimperialistischen und neutralistischen Alternative« zur Bundesrepublik und hatte eine Vielzahl von Facetten. Das übernommene Archivmaterial belegt die Geschichte dieser Organisation detailliert. Teile dieser Strömung fanden ihren Weg auch

in die neugegründete Partei »Die Grünen«. So AUGUST HAUBLEITER, der maßgeblich in der DEUTSCHEN GEMEINSCHAFT gewirkt hatte² und 1979 zu einem der Parteiprecher der Grünen gewählt wurde.

Einen noch deutlicheren Einfluss auf die heutigen Formen des Rechtsextremismus haben die sogenannten NATIONALREVOLUTIONÄRE gehabt. Sie werden heute vor allem in Stil und Inhalt ihrer Propaganda kopiert, auch wenn die meisten Kameradschafts-Nazis von ihren eigenen Vorläufern keine Ahnung haben. In den gesamten 1970er Jahren wurde hier ein antikapitalistischer und antiimperialistischer Diskurs innerhalb der extremen Rechten etabliert, der in manchen Teilen eins zu eins von den Vorbildern der linksradikalen Studentenbewegung kopiert wurde. Weshalb sich manche der damaligen NATIONALREVOLUTIONÄRE auch als »Neue Rechte« bezeichneten. Ideologiefragmente, Parolen und historische Vorbilder aus jener Zeit haben es über verschlungene Wege, über Organisationen wie die 1992 verbotene NATIONALISTISCHE FRONT, aber auch die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN bis ins Parteiprogramm der NPD geschafft.

Eine weitere Strömung, zu der sich in dem Bestand einiges findet, wird alle paar Jahre neu diskutiert: die sogenannten »Freisozialen«, »Freiwirte« oder auch »Gesell-Anhänger«. Sie verfügen über eine traditionsreiche Organisationsgeschichte, die 1946 mit der Gründung der RADIKALSOZIALEN FREIHEITSPARTEI (RSF) Einfluss auf die Nachkriegsgeschichte nahm. 1950 entstand die FREISOZIALE UNION (FSU), deren Nachfolger noch heute aktiv sind. In den Beständen des Parteienarchivs befindet sich eine der umfassendsten Sammlungen hierzu.

Ausblick

Die Übernahme des Archivs des Otto-Stammer-Zentrums bedeutet eine großartige Möglichkeit und eine Herausforderung zugleich. Da der Fachbereich diese Bestände seit langem weder pflegen noch zur Verfügung stellen konnte, wurden sie an das *apabiz* mit der Maßgabe abgegeben, dass die Bestände erfasst und öffentlich zugänglich gemacht werden. Uns ehrt dieses Vertrauen in das *apabiz* sehr. Allerdings ist das Ganze nicht ohne Bürde: Viele Materialien haben schon vierzig oder fünfzig Jahre auf dem Buckel und brauchen eine angemessene Behandlung und Lagerung. Das bereit zu stellen, bedeutet für unser notorisch unterfinanziertes Archiv auch einen Kraftakt. Wir werden einiges anstellen müssen, um hierfür Mittel und Wege zu finden. Alle unsere FreundInnen und Fördernden werden wir regelmäßig über die Entwicklung auf dem Laufenden halten. Ulli Jentsch

1) Richard Stöss: »Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik«. Opladen 1980.

2) Vgl. auch »Profil: Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)« unter <http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/AUD.htm>.



Das Ende vom Lied

Hintergrund ↻ Zu unbequem: Der erfolgreichen sächsischen Opferberatung AMAL wird die Finanzierung gestrichen



Bei der Umsetzung des Bundesprogramms »Förderung von Beratungsnetzwerken« nutzt der Freistaat Sachsen seinen Spielraum, um die Förderung eines kritischen Opferberatungsprojektes einzustellen. Mit fatalen Konsequenzen für die Betroffenen rechter Gewalt, deren Zahl der jüngsten Statistik zu Folge erneut und drastisch angestiegen ist. Ist das der Anfang vom Ende der staatlichen Förderung kritischer Zivilgesellschaft?

Das betroffene Projekt heißt *AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt* und besteht seit 2001. Damals wurde mit Hilfe der CIVITAS-Förderung das bis dato ehrenamtliche und regionale Engagement auf eine professionelle und landesweite Ebene gehoben. Von den Bürostandorten Wurzen, Dresden und Görlitz aus konnten die MitarbeiterInnen von AMAL (arabisch: die Hoffnung) vielen Hunderten Betroffenen helfen, die Folgen der erlittenen rechtsextremen bzw. rassistischen Gewalt besser zu verarbeiten.

Parteiliche Beratung, aufsuchende Arbeitsweise, Gewährleistung von Anonymität und kritische Öffentlichkeitsarbeit waren seit der Gründungsphase die Grundsätze der Beratungsarbeit. Eingebettet war das (selbst)kritische, engagierte und basisorientierte Projekt in viele regionale und überregionale Netzwerke: Antifaschistische Initiativen, nichtrechte Jugendclubs, zivilgesellschaftliche Akteure und vereinzelt auch VertreterInnen staatlicher Behörden zählten zu den PartnerInnen.

Mit der Bearbeitung des Phänomens rechter Gewalt kann generell immer nur die Spitze eines Eisbergs fokussiert werden, denn rechts-extreme und rassistische Einstellungen sind viel breiter verankert als deren gewaltförmigen Auswüchse. Deshalb konnte es für AMAL nicht darum gehen, die Gewalttaten isoliert zu betrachten, Opfer und TäterInnen als Individuen anzunehmen, die sich zur falschen Zeit am falschen Ort begegneten. Niemand wird zufällig Opfer, und die TäterInnen handelten vor einem gesellschaftlichen Background. Die tägliche Arbeit war somit immer eine Mischung aus klassischer sozialer Arbeit und politischer Intervention.

Diese Arbeit trug Früchte. Durch den erhöhten Bekanntheitsgrad und die fortschreitende Einbindung in Netzwerke konnte AMAL das enorm große Dunkelfeld rechter Gewalt

stärker ausleuchten: Wies die gemeinsame Statistik von AMAL und RAA e.V. für Sachsen 2005 noch 154 Übergriffe aus, stieg diese Zahl 2006 bereits auf 242 Übergriffe. Die jüngst veröffentlichte Statistik für 2007 belegt einen erneuten Anstieg auf 306 Übergriffe, von denen 402 Personen direkt betroffen waren. Ungeachtet der Tatsache, dass die polizeiliche Statistik geringere Zahlen ausweist, bringen diese Zahlen zum Ausdruck, dass Sachsen noch immer als Schwerpunkt für rechtsextreme und rassistische Gewalt gelten muss. Die ProtagonistInnen der extremen Rechten sind im Freistaat flächendeckend aktiv und können auf gewachsene Strukturen zurück greifen. Hinzu kommen zahlreiche unorganisierte Akteure, die ihre rassistischen und rechtsextremen Ressentiments gewalttätig ausleben, wie die Hetzjagd in Mügeln zeigt.

Der Einschnitt

Wer nun glaubt, ein erhöhter Bedarf an Opferberatung hätte eine bessere Ausstattung der zuständigen Projekte zur Folge, der irrt. Zumindest in Sachsen verfolgt die Staatsregierung einen Weg der Einsparung und Ausdünnung im Bereich der Opferberatung.

Dabei kam ihr die Ablösung des CIVITAS-Programms durch das Folgeprogramm »Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus« gerade recht. Immerhin hatte die SPD in der großen Koalition auf Bundesebene durchgesetzt, dass Opferberatungsprojekte und Mobile Beratungsteams im Rahmen des neuen Programms weiter gefördert werden können. Aber in der Leitlinie blieb ein Passus erhalten, der letztlich das Aus für AMAL bedeutete. Das erklärte Ziel des BMFSFJ, die Länder bei der Projektförderung stärker finanziell einzubinden, war mit einer Kompetenzverlagerung auf die Länderebene verbunden. Hierfür wurde eine zusätzliche

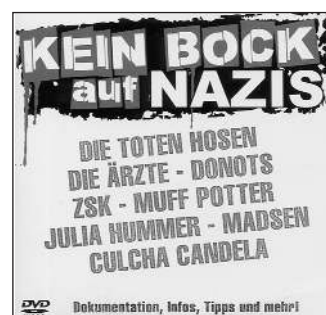
► herausgegeben – die neue Adresse ist aber in Niedersachsen. ◀

Alternative Jugend auf die Strasse gesetzt

Mügeln • Ende Januar wurde der einzige alternative Jugendtreff in Mügeln, das *Free Time Inn*, durch die Stadtverwaltung geschlossen. Der Jugendverein hält die von Bürgermeister Deuse (FDP) benannten Probleme mit dem Verein für vorgeschoben, um die akzeptierende Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen zu erzwingen: »Wir, die Jugendlichen vom Club, wollen nichts mit Rechtsgesinnten zu tun haben und lassen uns das auch nicht von Herrn Deuse vorschreiben!«, heißt es in einer Pressemitteilung. Deuse habe eine gemeinsame Nutzung des Clubs von Linken und Rechten gefordert und zu Jahresbeginn erklärt, er werde gegen die »Linksextrremen und Autonomen« vorgehen. Gleichzeitig habe Deuse alle Einladungen des Vereins zu Aktivitäten gegen Rechtsextremismus boykottiert. Die betroffenen Jugendlichen fordern einen alternativen Treffpunkt als Gegengewicht zu Intoleranz und Fremdenhass in der Region. ◀

Immer noch »Kein Bock auf Nazis«

Berlin • Die antifaschistische Kampagne »Kein Bock auf Nazis« geht in die nächste Runde. Zurzeit arbeitet das *apabiz* an einer neuen Auflage der erfolgreichen »Kein Bock auf Nazis«-Zeitung für SchülerInnen. Der Erscheinungstermin des grafisch und inhaltlich aufgefrischten Heftes wird im April liegen. Bestellinfos gibt es beizeiten auf unserer Homepage und auf www.keinbockaufnazis.de. Auch eine eigene Brandenburgausgabe wird es geben, die rechtzeitig zum Kommunalwahlkampf herauskommen soll. ▼





► »Kein Bock auf Nazis« ist eine Initiative, an der unter anderem das *apabiz*, das *Antifaschistische Infoblatt* und die Band *ZSK* beteiligt sind. Unterstützung kommt von Künstlern wie Die Ärzte, die Toten Hosen, Beatsteaks, Donuts und Muff Potter. Seit 2006 wurden bundesweit 250.000 Zeitungen und 60.000 DVDs kostenlos verteilt. ◀

Berlin: 112 rechte Angriffe im Jahr 2007 registriert

Berlin • Die Opferberatung *ReachOut* hat im Februar ihre Zahlen zu rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten in Berlin im Jahr 2007 vorgelegt. Zu verzeichnen waren insgesamt 112 Angriffe, wovon 39 rassistisch motiviert waren, gefolgt von 30 Angriffen auf Linke, 28 auf nicht-rechte bzw. alternative Menschen und sechs aus antisemitischen Motiven. Wie im vergangenen Jahr ist die Anzahl der Angriffe im Bezirk Friedrichshain mit 24 am höchsten. Teilweise machten »schwarz gekleidete Personengruppen Jagd auf Menschen«, berichtet *ReachOut*. In Lichtenberg fanden 14 Attacken statt, die meist rassistisch motiviert waren. Insgesamt ist ein erfreulicher Rückgang der rechten Gewalttaten in Berlin (2006: 166) festzustellen, vor allem im Bezirk Treptow (2006: 15; 2007: 4). ◀

Verfassungsschutz legt Studie zu rechter Gewalt vor

Berlin • Am 7. Februar hat der Berliner Verfassungsschutz seine neue Broschüre »Rechte Gewalt in Berlin. 2003 bis 2006« vorgelegt. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern steht Berlin nach Sachsen-▼



Sachsen ist eine Hochburg rechtsextremer Aktivitäten und hätte eine erfahrene und regional verankerte Opferberatung dringend nötig: Volksfeststimmung in Mügeln vor der Hetzjagd auf eine Gruppe von InderInnen 2007; »Pressefest« der NPD-Zeitung DEUTSCHE STIMME in Mücka 2004; Neonazi-Aufmarsch in Dresden zum Jahrestag der Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg 2006 (v.l.n.r.).

Struktur aufgebaut – die Landeskoordinatorenstellen –, die den Aufbau und die Arbeit der Beratungsnetzwerke koordinieren und die Bundesmittel an die Beratungsprojekte vor Ort weiterreichen sollen. In Sachsen ist diese Stelle beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales (SMS) angesiedelt. SMS und Staatskanzlei eröffneten im Sommer 2007 den beiden Trägern der Opferberatung in Sachsen (*AMAL e. V.* und *RAA e. V.*), dass es ab 2008 nur noch einen Träger geben darf. Dabei verwiesen sie auf den oben genannten Passus der Leitlinie: »In den neuen Bundesländern gilt die Besonderheit, dass pro neues Bundesland jeweils ein Träger der Mobilien Beratungsteams und Opferberatungsstellen integraler Bestandteil des Beratungsnetzwerkes werden soll.« Zusätzlich wurde mit einer öffentlichen Ausschreibung gedroht und eine Begutachtung der Anträge durch externe WissenschaftlerInnen in Aussicht gestellt.

Für beide Träger erschien eine Fusion als nicht praktikabel. Zu unterschiedlich sind die Profile. *AMAL* sah vor allem die Gefahr, durch Aufgabe der Eigenständigkeit Abstriche in den Bereichen Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit machen zu müssen. Darum entschieden sich beide Träger für konkurrierende Anträge.

Die Folgen

Es kam wie es kommen musste: *AMAL* erhielt einen Ablehnungsbescheid aus dem SMS. Eine inhaltliche Bewertung der (durchaus unterschiedlichen) Anträge durch fachkompetente Personen erfolgte nicht. Zur Begründung der Ablehnung wurden lediglich Kostengründe und kommunale Drittmittel für den bevorzugten Antrag angeführt.

Abgelehnt wurde damit ein fachlich ausgereiftes Konzept, das die Verankerung von drei

Bürostandorten in ländlichen Regionen vorsah, da nach Auffassung von *AMAL* dort ein größerer Beratungsbedarf sowie schwächere Netzwerke zu verzeichnen sind. Sachsen erhält nun jedoch eine Opferberatung, die aus den Großstädten Leipzig, Chemnitz und Dresden heraus agieren wird. Eine Opferberatung, die kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden wird, da sie Öffentlichkeitsarbeit nicht als Schwerpunkt ihrer Arbeit erachtet. Eine Opferberatung, die mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen vor allem die ländlichen Räume nicht annähernd abdecken kann.

Zum Beispiel den Landkreis Mittweida, einen Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten in Sachsen: Das Verbot der Kameradschaft *STURM 34* im April 2007 hat deren Mitglieder und SympathisantInnen hinsichtlich Vernetzung, Mobilität und Aggressivität nicht eingeschränkt. Im Gegenteil: Die Zahl der von *AMAL* recherchierten Übergriffe erhöhte sich von 17 (2006) auf 56 (2007). Zu stark sind die rechten Schläger in ihrer Szene verankert und diese Szene offenbar in der Bevölkerung. Der Landkreis gehört nun zum Beratungsgebiet eines *RAA*-Teams mit 1,5 Personalstellen, das für den gesamten Regierungsbezirk Chemnitz zuständig ist. Sein Bürostandort wird Chemnitz sein, allerdings steht die Büroöffnung noch aus. Die Betroffenen dieser Übergriffe werden also erst einmal auf professionelle Unterstützung weitgehend verzichten müssen. Für Empörung in der sächsischen Initiativenlandschaft sorgte dann zuletzt die Ablehnung eines *AMAL*-Mitarbeiters, der sich auf freie Stellen in den *RAA*-Teams Leipzig bzw. Chemnitz beworben hatte. Damit schlägt die *RAA* das Angebot eines Transfers von Wissen über die Situation in den bisher von *AMAL* bearbeiteten Landkreisen sowie von zahlreichen



Kontakten zu Betroffenen und Kooperationspartnern aus.

Das alles hat Signalwirkung. Für Betroffene ebenso wie für die extreme Rechte. Man kann unterstellen, dass dies der Sächsischen Staatsregierung ebenso klar gewesen ist wie der RAA.

Das (vorläufige) Fazit

Über die Sinnhaftigkeit staatlich alimentierter Zivilgesellschaft lässt sich streiten. Unstrittig ist in unseren Augen jedoch, dass vielen Betroffenen direkt und unkonventionell geholfen werden konnte. Dabei fielen immer auch diverse Informationen zu rechten Strukturen und Aktivitäten an, die sowohl für die bürgerliche Presse als auch für Antifas und ZivilgesellschaftlerInnen von Bedeutung waren. Das wird AMAL nun nicht mehr leisten können. Das Projekt steht jetzt vor der Herausforderung, eine vorrangig hauptamtlich arbeitende Struktur

zurück auf ehrenamtliches Engagement zu übertragen.

Viele Betroffene rechter Gewalt, vor allem alternative und antifaschistische Jugendliche, die mit Abstand die größte Betroffenengruppe darstellen, werden auf professionelle Unterstützung verzichten müssen. Die Jahresstatistik 2008 wird einen deutlichen Rückgang verzeichnen und sich den Zahlen der Staatsregierung annähern. Eine Steilvorlage für jene, die das Ausmaß rechter Gewalt herunterspielen wollen. Viele zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich in ihrer Arbeit auf Statistiken, Online-Chronik und Presseveröffentlichungen von AMAL gestützt haben, werden auf diese Daten bis auf Weiteres verzichten müssen. Das ist das Auge, das zum Abschied weint.

Wir haben uns in den vergangenen sieben Jahren angestrengt, aber nicht verschlissen. Und so können wir dem Thema rechte Gewalt treu bleiben. Das ist in Sachsen bitter nötig. Wir haben jedoch den Eindruck bekommen, dass für basisorientierte Initiativen, die sich um eine Bundes- bzw. Landesförderung bemühen, die Luft dünner geworden ist. Anpassungsbereitschaft bis zum Gesichtsverlust und Bedienung bürokratischer Anforderungen zählen mehr als z.B. anerkannte Beratung vor Ort, Qualitätsstandards und Auszeichnungen. Kompetenzen und Engagement bleiben dabei auf der Strecke. Dass AMAL nicht mehr Teil dieser Veranstaltung ist, eröffnet uns neue Möglichkeiten der Kritik. Nicht mehr Teil einer Fehlentwicklung zu sein, macht ein gutes Gefühl. Das ist das Auge, das zum Abschied lacht.

Hagen Kreisel (AMAL)

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter www.apabiz.de.

bildung en detail Jahresauswertung der Bildungsarbeit des apabiz

115 mal bundesweit unterwegs

Auch im Jahr 2007 waren die ReferentInnen des apabiz mit Vorträgen und Workshops kreuz und quer in der ganzen Republik unterwegs. Insgesamt 115 Veranstaltungen (2006: 128) waren es, ergab unsere Jahresauswertung. 37 Prozent davon fanden in Ostdeutschland statt, 57 Prozent im Westen, der Rest im deutschsprachigen Ausland. Allein 29 Veranstaltungen wurden im Bundesland Hessen gehalten. Inhaltlich waren unsere Dauerbrenner »Das Versteckspiel« (19 Vorträge) und »Der Nazis neue Kleider« (13 Vorträge) wieder vorne mit dabei – aber auch Regionalveranstaltungen (»Rechtsextremismus

im Bundesland...«) und unser Bildungsangebot zu rechtem »Antikapitalismus« waren sehr gefragt.

Zusammengezählt waren rund 4.500 Menschen zu Gast bei unseren Veranstaltungen. Zu unseren KooperationspartnerInnen gehörten zum Beispiel zivilgesellschaftliche Gruppen (bei 33 Veranstaltungen), Jugendzentren (23), Schulen (15), Antifagruppen (13) und Universitäten. Während der Frauenanteil insgesamt bei 47 Prozent lag, waren Frauen bei Veranstaltungen von Jugendzentren und Antifas mit jeweils nur 40 Prozent unterrepräsentiert. ◀

► Anhalt und Brandenburg an dritter Stelle was die Zahl der erfassten Gewalttaten angeht. Die Broschüre wertet die 300 erfassten Delikte aus, welche von der Behörde als »Politisch motivierte Gewaltkriminalität - rechts« bewertet wurden. Schwerpunkte der Gewalttaten mit rechtem Hintergrund waren die Bezirke Lichtenberg, Pankow und Treptow-Köpenick, die auch die Hochburgen der rechtsextremistischen Szene in Berlin darstellen und wo die NPD die höchsten Wahlergebnisse erzielen konnte. Im Mittelpunkt der Studie steht auch die Aufschlüsselung der rechten Gewalttaten nach Art, Tatverdächtigten und Opfern anhand verschiedener Kriterien. ◀

Brandenburg: Rechte Gewalt auf hohem Niveau

Brandenburg • 137 rechts motivierte Angriffe hat die *Opferperspektive* in Kooperation mit lokalen Initiativen für das Jahr 2007 in Brandenburg gezählt. Damit stabilisiert sich das Ausmaß rechter Gewalt auf hohem Niveau. 2006 und 2005 waren jeweils 140 Angriffe erfasst worden. Die 2007 erfassten Straftaten richteten sich gegen 233 Personen, weitere 89 Menschen waren mittelbar als Begleitpersonen von Angriffen betroffen. Bei 99 der 137 Straftaten handelt es sich um Körperverletzungsdelikte. Bei 64 Angriffen war Rassismus das Tatmotiv, in 24 Fällen wurden die Opfer als politische GegnerInnen eingestuft, bei 38 Gewalttaten einem alternativen Milieu zugeordnet. Zugespitzt hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Bedrohung von Gewerbetreibenden ausländischer Herkunft (siehe Artikel S. 6). ◀

Demo gegen Tønsberg in Berlin-Mitte

Berlin • Unter dem Motto »Neonazis stoppen! Weg mit dem Thor Steinar-Shop in Mitte« haben am 22. Februar 2008 etwa 500 AntifaschistInnen lautstark gegen den Laden TØNSBERG in Berlin-Mitte demonstriert, in dem ausschließlich Bekleidung der bei Neonazis äußerst beliebten Marke THOR STEINAR verkauft wird. Aufgrund der öffentlichen Kritik auch von PolitikerInnen war dem Ladenbetreiber bereits im Vorfeld der Demonstration das Mietverhältnis gekündigt worden. Das Geschäft hatte erst am ▼



Sie zündeln weiter

Bericht ➔ Nichtdeutsche Imbisse sind in Brandenburg nach wie vor ein häufiges Ziel rechter Brandanschläge

Vor einigen Jahren überzog die Neonazi-Kameradschaft FREIKORPS ihre Heimatregion mit spektakulären Anschlägen auf Imbisse, die von Nichtdeutschen betrieben wurden. Ziel war ein »ausländerfreies Havelland«. Das FREIKORPS ist Geschichte und wurde im März 2005 als terroristische Vereinigung verurteilt. Doch die Dokumentationsarbeit des Vereins Opferperspektive belegt: Weiterhin brennen im Land Brandenburg regelmäßig Döner-Buden und Asia-Imbisse.



► 1. Februar eröffnet, nachdem es zuvor mehrere Jahre in unmittelbarer Nähe des Alexanderplatzes existiert hatte, bevor ihm auch dort gekündigt worden war. ◀

Sachsen-anhaltinische Verhältnisse in Ratzeburg

Ratzeburg • In der Nacht zum 25. Dezember 2007 kam es in Ratzeburg (Schleswig-Holstein) zu einem folgenschweren Überfall einer Gruppe rechter Jugendlicher auf junge AntifaschistInnen. Die Angreifer schlugen teilweise mit Holzlaten zu und verletzten einen Betroffenen so schwer, dass dieser möglicherweise sein Augenlicht auf einer Seite vollständig verlieren wird. Die erst mit erheblicher Verzögerung eintreffende Polizei versuchte zunächst, die Tat in eine Kneipenschlägerei umzudeuten und versäumte es, die noch am Tatort anwesenden Haupttäter festzunehmen, unter denen sich zumindest ein stadtbekannter Neonazi befand. Erst nach erheblichen Protesten der Eltern ermittelt nun der Staatsschutz mit dem Vorwurf der gefährlichen Körperverletzung. Am 2. Februar demonstrierten 350 AntifaschistInnen unter dem Motto »Enough is Enough - gegen rechte Strukturen und rechten Konsens in Ratzeburg und überall!« gegen die skandalöse Ermittlungsarbeit der Polizei. ◀

Razzia wegen HJ-Lied

Bernburg • Am 10. März durchsuchte die Polizei die Bundes- und Landeszentrale der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) in der sachsen-anhaltinischen Kleinstadt Bernburg. Hintergrund sind zwei Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. In dem einen Ermittlungsverfahren stehen zwei ▶

Nur zwei Beispiele aus dem vergangenen Jahr: Ende September brannte ein Asia-Imbiss in Eberswalde nach einem Brandanschlag völlig aus. Es entstand ein Schaden von über 6.000 Euro. Die Gruppe von sechs Rechten, die deshalb im November verhaftet wurde, soll auch für weitere 17 Straftaten verantwortlich sein. Zunächst wurde der Anschlag von der Polizei verschwiegen – aus »ermittlungstaktischen Gründen«, wie es hieß. Im Dezember setzten in Senftenberg vier Männer und eine Frau mit einem Molotow-Cocktail eine Döner-Bude in Brand. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von 15.000 Euro. Auch hier ermittelte die Polizei die mutmaßlichen TäterInnen.

Allein im Jahr 2007 zählte der Verein *Opferperspektive* sechs solcher Brandanschläge auf Imbisse und Döner-Buden im Land Brandenburg. Mindestens fünf Mal gab es zudem nächtliche Sachbeschädigungen, bei denen kein Feuer



Bild oben: Der ehemalige Chef des FREIKORPS HAVELLAND, CHRISTOPHER HARTLEY.

Bild unten: Imbisse in Brandenburg, die von Nichtdeutschen betrieben werden, sind nach wie vor häufiges Ziel rechter Anschläge.



gelegt wurde. Nicht mitgezählt sind mehrere bislang unaufgeklärte Straftaten gegen Imbisse, bei denen ein rechtes Motiv nahe liegt, aber nicht feststeht. Dazu hat die *Opferperspektive* zahlreiche rassistische Beschimpfungen von Imbiss-MitarbeiterInnen durch die eigene Kundschaft dokumentiert. Ixm Vorjahr, 2006, war das Niveau der Angriffe deutlich geringer – es hatte nur einen einzigen Brxxandanschlag gegeben.

Bemerkenswert ist, dass die Angriffe kaum in der medialen Diskussion um den Rechtsextremismus im Land auftauchen. Nach dem Prozess gegen die FREIKORPS-Neonazis 2005, der mit einem Urteil nach Paragraf 129a endete, ist die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema erlahmt. Dabei waren schon damals die organisierten FREIKORPS-Aktionen nur die Spitze des Eisberges. Von landesweit über 60 dokumentierten Anschlägen zwischen 2000 und 2004 gingen vermutlich nur neun auf das Konto des FREIKORPS. Die Serie von Angriffen setzt sich nun auch ohne das FREIKORPS fort. Meist waren und sind es mehr oder minder spontan verübte Taten – schließlich lässt sich eine menschenleere Imbissbude ohne viel Aufwand in der Nacht angreifen. Die Botschaft vermittelt sich von selbst: Ihr, die nicht deutsch seid, seid hier nicht willkommen.

Wenn der in Brandenburg zweifelsfrei weit verbreitete Alltagsrassismus sich militant entladen will, bieten von MigrantInnen betriebene Imbissbuden also ein ideales Angriffsziel – zumal sie zu den wenigen leicht als nichtdeutsch identifizierbaren Adressen im Land gehören. Bei vielen Anschlägen lässt sich noch nicht einmal ein rechter Hintergrund zweifelsfrei belegen, da die Angreifer auf ein Bekenntnis zu ihren Motiven am Tatort verzichten.

Übrigens ist der ehemalige Anführer des FREIKORPS, CHRISTOPHER HARTLEY, inzwischen vorzeitig aus der Haft entlassen worden und bewegt sich bereits wieder in rechtsextremen Kreisen. Im Februar etwa war HARTLEY dabei, als eine Gruppe von Neonazis bei einer Party von alternativen Jugendlichen in Falkensee auftauchte und die anderen Partygäste mit Drohhärdern in Angst versetzte.

Toni Peters



Sudetendeutsche Politik: Völkisch-aggressiv statt defensiv

Rezension ☉ Hans Henning Hahn (Hg.): »Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte. Eine völkische Bewegung in drei Staaten«. Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M. 2007. 324 S.

Längst nicht in allem sind sich die »Vertriebenen«-Verbände einig. Soll man Entschädigungsklagen gegen Polen und Tschechien einreichen, weil die beiden Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg Deutsche umgesiedelt hatten, oder ist das ein allzu konfrontativer Schritt? Ist das Zentrum gegen Vertreibungen, das demnächst unter dem eigentümlichen Namen »Sichtbares Zeichen« in Berlin errichtet wird, es wert, dass man es unterstützt, oder betreibt es nur regierungskonforme, nicht zielführende Weichspülerei? Einem jedoch stimmen die »Vertriebenen«-Verbände alle zu: Der Begriff »Volksgruppe« ist für ihre Politik zentral. Dies belegt nicht zuletzt die Satzung eines ihrer größten Zusammenschlüsse, der SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFT. Diese betrachtet sich, so heißt es in ihrer Satzung gleich am Anfang, in Paragraph 1, »als die Gestaltung der sudetendeutschen Volksgruppe außerhalb der Heimat.«

»Das Konzept der 'Volksgruppe«, schreibt Tobias Weger in dem Sammelband »Hundert Jahre Sudetendeutsche Geschichte«, »basiert auf der Vorstellung einer landschaftlichen Gebundenheit eines Ethnikums.« Bereits Ende des 19. Jahrhunderts entstand die seltsame Idee, »dass sich die Jahrhunderte währende Anwesenheit in einer bestimmten Gegend nicht nur kulturell, sondern vor allem anthropologisch auf die dort lebenden Menschen auswirkt und zu einer unlösbaren Verbindung mit der jeweiligen Region geführt habe.« Auf die »Sudetendeutschen« angewandt, bedeutet dies: Es soll – das behaupten Völkische – nach wie vor eine enge Verknüpfung zwischen der sogenannten sudetendeutschen Volksgruppe, die nach dem Zweiten Weltkrieg ins bundesdeutsche »Exil« umgesiedelt wurde, und ihren ehemaligen Wohngebieten im heutigen Tschechien geben.

Diese Ansicht, die sämtlichen Forderungen der »Sudetendeutschen« gegenüber Tschechien zugrunde liegt, hat ihrerseits ihre Ursprünge in der völkischen sudetendeutschen Tradition. Erste Anfänge einer solchen Ideologie beobachtet Hans-Henning Hahn bereits in den Paulskirchen-Debatten 1848. Damals war noch offen, ob die »sudetendeutschen« Gebiete (sie gehörten zu Österreich, auch wenn die Bezeichnung

sudetendeutsch noch gar nicht existierte) Teil eines künftigen Deutschen Reiches werden würden. Spätestens 1871 war mit der Reichsgründung klar: Sie gehören nicht dazu. Jiri Koralka beschreibt, wie sich in den Jahren danach die alldeutsche Bewegung gerade in den »Sudetengebieten« der k.u.k.-Monarchie radikalisierte: Um beinahe jeden Preis wollten radikal-völkische Kräfte dort den Anschluss an das Deutsche Reich noch nachträglich durchsetzen. Dass die erste deutsche nationalsozialistische Partei nicht im wilhelminischen Kaiserreich entstand, sondern in eben jenen »auslandsdeutschen Sudetengebieten« des Habsburgerstaats, ruft Eva Hahn in Erinnerung.

Der Band »Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte« umfasst 13 höchst lesenswerte Aufsätze, in denen die völkische sudetendeutsche Tradition von ihren ersten Anfängen Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Entstehung der SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFT nachgezeichnet wird – inklusive ihrer nationalsozialistischen Ausprägung und ihrer terroristischen Exzesse in Form des Wütens des SUDETENDEUTSCHEN FREIKORPS. Sudetendeutsche Politik war von Beginn an großdeutsch-völkisch, das heißt aggressiv geprägt und eben nicht eine defensive Reaktion auf angebliche tschechische Unterdrückungspolitik in der Zwischenkriegszeit, auch wenn diese irri- ge Behauptung immer noch zu den prägenden deutschen Geschichtslegenden gehört.

Jörg Kronauer

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!

► JN-Mitglieder unter Verdacht, auf den Internetseiten der JN-Stützpunkte Staßfurt und Schönebeck den Text des verbotenen NS-Liedes »Junges Volk steht auf« der HITLER-JUGEND veröffentlicht zu haben. Bei den Beschuldigten handelt es sich wohl u.a. um den stellvertretenden JN-Bundesvorsitzenden PHILIPP VAL-ENTA, dessen ehemaliger Wohnsitz in Kasel (Rheinland-Pfalz) ebenfalls durchsucht wurde.

Zu weiteren Durchsuchungen kam es in Halle/Saale und Sotterhausen gegen den Betreiber der Internet-seite NATIONALER BEOBACHTER sowie des Neonazi-Versandhandels MITTELDEUTSCHER MUSIKVERSAND. Hier lautet der Vorwurf gegen die NPD-Mitglieder Volksverhetzung und Gewaltdarstellung auf ihren Internetseiten und Produkten. ◀

Wahl in Bayern

Bayern • Bei den Kommunalwahlen im März konnten rechtsextreme Gruppierungen gut abschneiden. Die NPD erreichte insgesamt drei Mandate in Stadträten, die REPUBLIKANER zusammen 43 Mandate in ländlichen Gebieten und Städten. In München gewann die NPD-Liste BÜRGERINITIATIVE AUSLÄNDERSTOPP (BIA) ein Mandat (1,4%), das KARL RICHTER ausfüllen wird. In Nürnberg errang die BIA sogar 3,5 % (2002: 3,7%) und schickt RALF OLLERT und SEBASTIAN SCHMAUS in den Stadtrat. Die Talfahrt der REP setzte sich hingegen fort. In den größeren Städten kommt die Partei nur noch auf insgesamt acht Mandate (2002: 14): je eins in Schweinfurt, Bamberg, Fürth, Ingolstadt und Kempten sowie drei in Rosenheim. Allerdings gab es teilweise deutliche Zunahmen in den Kreistagen und bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen gab es zum Teil respektable zweistellige Ergebnisse.

Völlig untergegangen ist die Gruppierung PRO MÜNCHEN, die zu der von MANFRED ROUHS geführten BÜRGERBEWEGUNG PRO DEUTSCHLAND zählt. Sie erreichte unter Spitzenkandidat RÜDIGER SCHREMS (bis Sommer 2007 noch NPD-Landesvorstand) nur 0,9 %. Sowohl Rouhs als auch MARKUS BEISICHT (PRO KÖLN und PRO NRW) haben die Kandidatur inzwischen kritisiert. BEISICHT sprach sogar von einem »schweren strategischen Fehler«. ◀



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

- *Blaschke, Ronny*: »Im Schatten des Spiels – Rassismus und Randalen im Fußball«. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2008.

Eine umfassende und gelungene Darstellung des immer wieder aktuellen Themas Fußball und Rassismus auf deutscher und internationaler Ebene. Neben Berichten über die Situation in Ländern wie Argentinien, USA und Polen wird sich u. a. mit Homophobie, Antisemitismus oder Anti-Rassismus-Kampagnen in der Fußballszene auseinandersetzt. Auf den über 200 Seiten des Buches sind auch zahlreiche Fotos und Abbildungen aus Vergangenheit und Gegenwart des Fußballs zu finden.

- *Lanzmann, Claude*: »Shoa«. arte Edition, absolut MEDIEN 2007 (DVD).

In den Jahren 1973 bis 1985 besuchte der französische Filmemacher Claude Lanzmann neben den ehemaligen Vernichtungslagern Auschwitz und Treblinka zahlreiche Überlebende in verschiedenen Ländern sowie Zeugen der Vernichtung des europäischen Judentums – etwa Anwohner der Vernichtungslager – und Historiker wie Raul Hilberg sowie den bekannten polnischen Ex-Offizier Jan Karski. Darüber hinaus finden sich in der insgesamt neunstündigen Dokumentation Interviews mit Tätern. Bei der Erstausstrahlung sorgte die »Shoa« vor allem in Polen für großen Aufsehen und eine breite Diskussion. Nun ist die vollständige Dokumentation auch in Deutschland erhältlich.

- *Hülsemann, Wolfram; Kohlstruck, Michael; Wilking, Dirk (Hg.)*: »Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – Einblicke II. Ein Werkstattbuch«. Potsdam 2007.

Nachdem bereits 2004 in dem Band Einblicke I die vielfältigen Erfahrungen der Mobilien Beratungsteams (MBT) in Brandenburg dokumentiert wurden, ist im Dezember 2007 ein Nachfolgebild erschienen. Auf über 200 Seiten sind darin Darstellungen der Arbeit von Demos und den unter ihrer Trägerschaft stehenden MBTs sowie Einschätzungen zum Rechtsextremismus in Brandenburg zu finden. Die Perspektive ist einerseits recht nah an der Regierungspolitik, andererseits hat sie sehr wohl kritisches Potenzial – das weit verbreitete rechte Denken und der Mangel an politischer Kultur in der Normalbevölkerung werden durchaus kritisch reflektiert.

Der große Verdienst des Bandes ist es, einige bisher wenig beachtete Aspekte des Rechtsextremismus im Land zu thematisieren. Dirk Wilking beispielsweise beleuchtet erstmals in dieser Aus-

föhrlichkeit, wo aktuell Überschneidungen zwischen Rockerszene und der extremen Rechten vermutet werden können, wie es kommt, dass zahlreiche Ex-Neonazis in Rockerbanden aktiv wurden und an welchen Punkten sich die Interessen der Szenen entsprechen. Ebenfalls lesenswert ist der Beitrag von Nicola Scuteri über die (inzwischen merklich zurückgegangenen) Aktivitäten der Neonazi-Organisationen BEWEGUNG NEUE ORDNUNG und SCHUTZBUND DEUTSCHLAND. Einen eigenen, längeren Beitrag verdient gehabt hätten die Gedanken zu den Kriegerdenkmälern, die in vielen Brandenburger Orten inzwischen aufgestellt worden sind – gerade weil in den Kommunen darüber kaum kritisch diskutiert wird.

Schade ist es angesichts dieser positiver Ansätze, dass das Buch an manchen Punkten ärgerliche Detailfehler enthält, z.B. wenn Wolfram Hülsemann in seinem Vorwort das Verbot der Neonazi-Kameradschaft MÄRKISCHER HEIMATSCHUTZ lobt, welche sich allerdings 2006 selbst auflöste.

Mit drei Beiträgen bildet das neonazistische »Heldengedenken« in Halbe einen Schwerpunkt. So schildern Michael Kohlstruck und Daniel Schneider die historischen Hintergründe der Halbe-Neonazi-Mottos »Die Treue ist das Mark der Ehre«, und ein Rechtsanwalt wird in einem Interview zu juristischen Aspekten der Aufmärsche befragt. Andrea Nienhuisen beschreibt in ihrem Beitrag chronologisch die Geschichte der Naziaufmärsche in Halbe seit der Wiedervereinigung und der Proteste dagegen, die zwar interessant zu lesen ist, aber inhaltlich ein zwiespältiges Gefühl hinterlässt.

- *Wippermann, Wolfgang*: »Die Deutschen und der Osten. Feindbild und Traumland«. Primus Verlag, Darmstadt 2007.

In der deutschen Geschichte war der Osten immer mehr als nur eine Himmelsrichtung. Manchmal hatte er eine gewisse Anziehungskraft, aber überwiegend stand er als Sinnbild für das Fremde und Andere. Dieser besonderen Beziehung zwischen den Deutschen und seinen östlichen Nachbarn in den letzten Jahrhunderten geht Wolfgang Wippermann in seinen schmalen Band nach. Einige Etappen der wechselhaften Beziehungen sind der Deutsche Orden, das zaristische und später das kommunistische Russland, die zahlreichen Teilungen Polens und natürlich der Nationalsozialismus. Wippermann bietet eine kurze und lesenswerte Einführung in die Geschichte, die umfassend relevante Aspekt in Augenschein nimmt.